

# "Die Chemie muss stimmen..."

Interview mit Mariette Scholtus  
Directeur Administration de l'Emploi

*Wie man sieht, leiden Sie beim Arbeitsamt nicht an Unterbeschäftigung. Es haben zirka sechzig Menschen vor der Tür gewartet.*

Haben Sie sie gezählt?

*Bis fünfzig und dann den Rest überschlagen. Merken Sie hier, dass es der Wirtschaft schlechter geht?*

Ich kann nicht sagen, dass es der Wirtschaft schlechter geht, eine solche Feststellung steht mir nicht zu. Da gab es genug Gesprächsstoff, als die STATEC ihre Daten veröffentlichte. Wir beobachten nur, was sich auf dem Arbeitsmarkt tut. Den Massenandrang, den sie heute feststellen, gibt es immer zur Monatsmitte und zum Monatsende, weil dann die Kündigungen ausgesprochen werden. Allerdings will das nicht heißen, dass alle die Leute, die sich heute einfinden, gekündigt worden sind. Das können auch solche sein, bei denen Interim-Jobs auslaufen, oder solche, die eine neue Stelle suchen, weil sie mit ihrer gegenwärtigen nicht zufrieden sind. Es müssen also nicht alle Gekündigte sein.

*Kommt es denn häufig vor, dass Leute in festen Arbeitsverhältnissen zum Arbeitsamt kommen, weil sie etwas Neues suchen?*

Also bei denen, die wir regelmäßig sehen, kommt das schon vor. Ja.

*Und Sie sind personell gut gegen den Ansturm gewappnet?*

Wenn Sie meine Beamten fragten, würden die Ihnen sicher mit Nein antworten. Wir bekamen von der Regierung zwei neue Stellen zugesprochen, es kann aber sein, dass die wieder gestri-



chen werden. Meine Mitarbeiter würden sagen, sie hätten nicht genug Leute, um sich um jeden einzelnen genügend zu kümmern. Aber wir müssen uns anstrengen, auch wenn es vielleicht ein heißer Herbst wird.

*Man hört die Kritik, Betreuer würden sich nicht genügend kümmern, auch von Arbeitssuchenden. Einer meinte, der Betreuer habe in einem Urlaubskatalog geblättert, während er mit ihm sprach.*

Da müsste man nachfragen, wer der zuständige Betreuer war. Das sind Aussagen, die ich nicht für voll nehme. Ich kann auch damit kontern, dass sehr

viele Arbeitslose sich gar nicht für die angebotenen Stellen interessieren. Solche Aussagen sind immer mit Vorsicht zu genießen, wenn man nicht erfährt, wer konkret was getan hat. Wenn das wirklich so wäre und ich davon erführe, würde das auch disziplinarische Folgen haben.

*Wir sprachen mit einem Arbeitgeber, der darüber klagte, vom Arbeitsamt keine Bürokräfte vermittelt zu bekommen.*

Das kann gut möglich sein, denn an gut geschulten Bürokräften herrscht noch immer Mangel. Aber es gibt auch Arbeitgeber, die ausgebildete Kräfte mit

Erfahrung suchen und jungen Leuten, die frisch von der Schule kommen, keine Gelegenheit zur Bewährung geben. So bekommen die Jungen keine Chance. Und dann gibt es jene Arbeitgeber, die nur junge, dynamische Leute suchen und keinen bei sich aufnehmen, der älter als fünfzig ist. Manche sagen sogar, wir sind ein junges Unternehmen und stellen niemanden über fünf- und vierzig ein. Da muss bei den Arbeitgebern ein Mentalitätswandel erfolgen. In Luxemburg ist der Arbeitgeber verpflichtet, eine offene Stelle bei uns zu melden. Doch darf er einstellen, wen er will. Und er stellt ein, wenn ihm das Profil passt.

#### *Melden denn alle ihre offenen Stellen?*

Im Prinzip müssten sie es. Auf der anderen Seite kann ich als Direktor des Arbeitsamtes natürlich Strafen erteilen, wenn jemand seine offenen Stellen nicht bei uns anmeldet. Dann werden Briefe geschrieben, in denen die Arbeitgeber auf ihre Pflichten in Bezug auf offene Stellen hingewiesen werden. Wir lesen wie andere auch die Zeitung und sehen uns die einschlägigen Internet-Seiten an. Die Mitarbeiter kontrollieren das regelmäßig durch. Allerdings teilen wir, wenn uns etwas auffällt, nicht immer sofort Sanktionen aus. Dann bekäme man wahrscheinlich überhaupt keinen guten Kontakt mit der Firma mehr. Es ist besser, wenn unsere einzelnen Berater Kontakt mit den Firmen aufnehmen und sie dafür sensibilisieren, gemeinsam mit dem Arbeitsamt zu wirken.

#### *Derzeit schießen private Arbeitsvermittler wie Pilze aus dem Boden.*

Und die ersten haben schon wieder Konkurs angemeldet. Wir arbeiten mit diesen privaten Vermittlern zusammen. Es gibt einen Vertrag zwischen uns und deren Dachverband. Wir haben einen eigenen Berater (consultant), der für diesen Bereich zuständig ist und der Kontakt mit den einzelnen Vermittlern hält. Die offenen Stellen, die man diesen meldet, werden automatisch an uns weitergegeben, so dass wir mit diesen zusammenarbeiten.

#### *Sind private Vermittler hilfreich für die Entwicklung des Arbeitsmarktes?*

Ja. Viele ehemalige Arbeitslose berichten, wie sie durch eine Interim-Arbeit in ein reguläres Arbeitsverhältnis gekommen sind. In den Verträgen für Interim-Beschäftigungen muss stehen, dass es für den Beschäftigten möglich ist, später fest im Betrieb zu arbeiten. Der Gesetzgeber hat dies so verlangt. Oft kommen Firmen, wenn sie nach einer Pause wieder einstellen, gerade auf jene zurück, die sich bei einer Interim-Tätigkeit bewährten.



#### *Existieren darüber Ziffern?*

Nein, Statistiken darüber gibt es keine.

#### *Sollte die Arbeitsvermittlung, wenn die privaten Vermittler so gut arbeiten, überhaupt in staatlicher Hand konzentriert sein?*

Nach den geltenden europäischen Direktiven kann der Arbeitsmarkt kein Staatsmonopol mehr sein. Es gibt europäische Länder wie Dänemark, wo die

Arbeitsvermittlung ganz in den privaten Bereich gelangte. Auch in Belgien ist das so. Für Luxemburg wurde diese Frage schon 1996 gestellt, aber dies entsprach nicht dem politischen Willen. Ein Vorschlag war damals, die Arbeitsvermittlung solle ganz auf privater Basis erfolgen, um mehr Dynamik in den Arbeitsmarkt zu bringen. Dann ging man den umgekehrten Weg und integrierte ein privates Element in das Arbeitsamt. Wir haben seither Leute, die aus größeren Betrieben aus dem Bereich der Personalabteilungen freigestellt werden und hier beim Arbeitsamt ihren Dienst versehen. Diese können als Insider besser bei den Betrieben vorsprechen, einerseits für die Arbeitssuchenden, andererseits aber auch, um die Maßnahmen des Arbeitsamtes anzubieten. Wenn eine Firma sagt, wir brauchen 20 Mitarbeiter, sucht dieser von der Wirtschaft freigestellte gemeinsam mit anderen Mitarbeitern des Arbeitsamtes passende Profile heraus. Dann werden Ateliers veranstaltet, bei denen der Arbeitgeber seinen Betrieb vorstellt. Bei den letzten solchen Aktionen wurden 60 Arbeitssuchende eingeladen, es kamen 30, und es wurden 10 zurückbehalten. Eine Privatisierung der Vermittlung würde sich zu Ungunsten der schwächsten Elemente auswirken, die komplett auf der Strecke bleiben würden.

#### *Weil bei den anderen die Profile nicht stimmten?*

Nein. Das liegt an der Präsentation und der Motivation vieler Leute, die beim Arbeitsamt eingeschrieben sind. Es hat allerdings Konsequenzen, wenn man ohne triftigen Grund einer Einladung des Arbeitsamtes nicht folgt. Dann werden Sanktionen erteilt, und das Arbeitslosengeld kann gestrichen werden.

#### *Wie wirkt das Arbeitsamt mit den verschiedenen Beschäftigungsinitiativen zusammen?*

Diese Zusammenarbeit ist ein ganz normaler Vorgang. Die Initiativen haben offene Stellen und geben uns ihre Profile, damit wir unter den Arbeitslosen jene suchen, die ihnen entsprechen. Die haben auch lieber qualifizierte Arbeiter als unqualifizierte. Bei guter Arbeit, wenn wir ihnen gute Kräfte geben,

können sie wachsen. Wenn wir ihnen schlechte Arbeiter geben, ist das Resultat dementsprechend.

*Man hört manchmal den Vorwurf, die Arbeitslosenzahlen seien geschönt, weil Leute in Beschäftigungsprogrammen nicht darin aufscheinen.*

Wir geben in unseren Statistiken zuerst jene an, die auf Arbeitsuche sind. Dann kommen jene, die in Maßnahmen eingebunden sind. Wenn man beide Zahlen zusammenzählt, hat man die Gesamtziffer. Man kann nicht sagen, dass das beschönigt ist. Man muss in unserer Statistik eine Seite umdrehen, um die Gesamtziffer zu errechnen. Wir halten uns dabei an Vorgaben, wie sie vom internationalen Büro für Arbeit in Genf kommen und die ermöglichen sollen, Vergleiche zu ziehen.

*Was wünscht sich die Direktorin des Arbeitsamts?*

Dass die Konjunktur besser wird, dann bekommen unsere Arbeitslosen auch bessere Chancen. Und die Mentalität der Arbeitgeber müsste flexibler werden, um mehr auf solche Leute einzugehen, die Probleme haben, die jung und unerfahren oder alt sind. Wir haben seit dem Jahr 2002 ein Gesetz, das den Arbeitgebern Vergünstigungen verspricht, wenn sie Problemfälle weiter beschäftigen. Dass diese Maßnahmen nicht immer greifen, können wir feststellen. Viele ältere Arbeitnehmer, die den Arbeitgeber zu teuer kommen, verlieren ihre Stellung, wenn die Firma in wirtschaftliche Schwierigkeiten gerät. Wir müssen einerseits diese Leute neu orientieren, oft auch neu motivieren und dann einen Arbeitgeber finden, der bereit ist, sie wieder einzugliedern. Das ist oft schwierig.

*Wie geschieht denn konkret das Ansprechen der Arbeitgeber, wenn es um Problemfälle geht?*

Das ist ein etwas komplizierter Vorgang. Wer ein Problem hatte, seinen letzten Job auszufüllen, der hat die Möglichkeit, eine Invalidenpension zu beantragen. Wenn diese abgelehnt wird, wird man zum zuständigen Arbeitsmediziner vorgeladen. Dieser kontaktiert dann die zuständige Anlaufstelle beim Arbeitsamt, worauf wir eine

gemischte Kommission mit der Angelegenheit befassen. Diese kommt zu einem Beschluss. Entweder die Person wird wieder eingegliedert, und der Arbeitgeber muss sie weiter beschäftigen, wenn er sich nicht von der Verpflichtung, Behinderte zu beschäftigen, entbinden ließ. Kann die Person nicht in ihren früheren Betrieb eingliedert werden, müssen wir uns bemühen, einen neuen Arbeitgeber zu finden, der entsprechende Förderungen erhalten kann. Das ist eine schwierige Prozedur, mit der sich auch die Arbeitgeber sehr schwer tun.

*Die betroffenen Arbeitslosen vermutlich auch, denn das klingt nach einer langen Zeit der Unsicherheit.*

Als die Sache vergangenes Jahr anließ, gab es viele Unsicherheiten und die Arbeitnehmer wußten nicht recht, an wen sie sich wenden sollten. Mittlerweile haben wir die Sache mehr oder weniger im Griff. Die ganze Prozedur und die Information darüber muss aber weiter verbessert werden, weshalb es schon Treffen mit den beiden zuständigen Ministerien, dem Arbeitsministerium und dem Ministerium für soziale Sicherheit, mit den Arbeitgebern, den Sozialversicherungsvertretern und Gewerkschaftsvertretern gab.

*Gibt es absolut unvermittelbare Fälle?*

Wenn dies so ist, weiß man nicht, ob dies vom Kandidaten abhängt oder vom guten Willen der Arbeitgeber. Die Chemie muss stimmen zwischen den beiden. Wir tun unseren Job gut, wenn wir die richtigen Profile herausfinden und Leute vermitteln, die dann eine gewisse Zeit in Betrieben gehalten werden. Wir haben natürlich versagt, wenn wir jemanden nicht vermitteln können. Wir haben seit dem Plangesetz von 1998 die Möglichkeit, Arbeitslosen besser zu helfen, indem wir für besondere Probleme Sozialarbeiter hier im Haus haben, wenn zum Beispiel kleine Kinder betreut werden müssen, obwohl der Gesetzgeber sagt, dass dies kein Grund zum Ablehnen einer Stelle ist. Dennoch haben wir diese Möglichkeit, den Leuten besser entgegen zu kommen. Wir haben diplomierte Erzieher hier und Arbeitspsychologen, die Leuten weiterhelfen. Arbeitslose können hier

an Computern ihr CV gestalten, sie können über uns eine E-Mail-Adresse bekommen, um dann das CV in verschiedene Datenbanken einzugeben. Es gibt also heute viele weitere Möglichkeiten, die Arbeitsuchenden mobil zu machen als früher.

*Die Idee, man sei hier nur eine Nummer und werde als Mensch nicht ernst genommen, wäre also falsch?*

Absolut. Es gibt manchmal Leute, die behaupten, sie hätten überhaupt keine Stellen angeboten bekommen. Wenn wir dann nachsehen, können wir rasch feststellen, wieviel Stellen man ihnen doch angeboten hat. Es gibt auch Leute, die sich bei Vorstellungsgesprächen nicht gut verhalten. Da haben wir hier im Haus die Möglichkeit, sie in der Gesprächssituation zu filmen, um dann die Fehler mit ihnen durchzugehen. Es war der politische Wille, der dem Gesetz von 1998 zugrunde liegt, dass man besser auf die Menschen eingeht und sie nicht alleine lässt.

*Das Interview fand am 31.7.2003 im Gebäude der ADEM Luxembourg statt.*



Le Monde, 4.7.2003